

The military reintegration of West Germany and Opposition to rearmament

- Speed of German reintegration after 1945
- Allied opposition to German rearmament at Yalta (4-11. 2. 1945)
- Potsdam agreement: 'the complete disarmament and demilitarisation of Germany and the elimination or control of all German industry that could be used for military production'.
- Korean War as turning point in the West's policy

- Crucial role of the first *Bundeskanzler Konrad Adenauer*
 1. Long-term strategy: *Politik der Stärke* and alliance with the West
 2. Safe-guarding the future unity of the nation
- Popular resistance to remilitarization in the early 1950s: 'Ohne mich'; 'Rettet den Frieden'
- 'Rettet den Frieden' referendum: 6.2 million people voted; 5.9 million (=94%) were *against* rearmament.
- Increased CDU/CSU majority in 1953 gave Adenauer a two-thirds majority: the *Grundgesetz* could be amended.

- *Pariser Verträge*:
 1. replacement of the statute of Occupation by a general treaty with BRD
 2. West German membership of NATO
 3. Formation of a West German Army
- Consequent growth of anti-militarist movement; changes in SPD policy: 'third way'
- Key issue for SPD is the achievement of German reunification
- Beginning of 'extra-parliamentary' protest (cf *APO* = Außerparlamentarische Opposition; Bürgerinitiativen): Paulskirche in Frankfurt rally in January 1955
- *Deutsches Manifest*: See *Vaterland Muttersprache*, p.129f.
- Formation of Warsaw Pact; inauguration of *Bundeswehr*

- Renewed popular resistance in opposition to the Atomic Bomb
- *Göttinger Erklärung*. See *Vaterland Muttersprache*, p.139f.
- *Kampf dem Atomtod*. See *Vaterland Muttersprache*, p.144.
- Evaporation of mass protest:
 1. SPD and electoral basis in 'working class'
 2. The *de facto* achievement of reintegration

Stages in the History of West German Rearmament

Allied Policy

- Feb./Aug. 1945 Conferences at Yalta and Potsdam agree the complete disarmament of Germany.
- June 1950 Outbreak of the Korean War
- 11 August 1950 Consultative Assembly of the Council of Europe votes to found a European Army, incl. W. German units.
- Sept 1953 Federal Election: CDU/CSU increases vote from 31% to 45.2%
- Aug. 1954 French National Assembly rejects the proposed European Defence Community.
- 19 Oct. 1954 Western Allies meet in Paris (Paris Treaties agreed)
- 5 May 1955 Paris Treaties effective
- 9 May 1955 BRD officially part of NATO
- November 1955 Bundeswehr founded
- July 1956 Conscription introduced
- October 1957 USA adopts policy of graduated response and proposes the stationing of US medium range nuclear missiles in Europe
- February 1958 Warsaw Pact proposes 'Rapacki Plan'
- 13 Nov. 1959 SPD adopts Godesberg Programme, seeking to remodel the party as a 'Volkspartei' & preparing the way for bipartisan defence policy with CDU/CSU

Opposition to Rearmament

- late 1950 'Ohne mich' movement
- January 1951 Congress 'Rettet den Frieden': carries out referendum on remilitarization.
- 29 Jan. 1955 'Paulskirche' Movement against Paris Treaties and W. German rearmament
- April 1957 'Göttinger Erklärung' against nuclear arms
- January 1958 British CND founded
- February 1958 'Kampf dem Atomtod' founded
- 1961-69 'Ostermärsche' against nuclear arms

Aus ernstster Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands sind wir überzeugt, daß jetzt die Stunde gekommen ist, Volk und Regierung in feierlicher Form zu entschlossenem Widerstand gegen die sich immer stärker abzeichnenden Tendenzen einer endgültigen Zerreißung unseres Volkes aufzurufen.

Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab.

Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabschätzbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken. Eine solche Maßnahme würde die Gewissensnot großer Teile unseres Volkes unerträglich steigern. Das furchtbare Schicksal, daß sich die Geschwister einer Familie in verschiedenen Armeen mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen, würde Wirklichkeit werden.

In dieser Stunde muß jede Stimme, die sich frei erheben darf, zu einem unüberhörbaren Warnruf vor dieser Entwicklung werden. Unermüglich wäre die Verantwortung derer, die die große Gefahr nicht sehen, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür zu Vermächterverhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zugeschlagen wird.

Wir appellieren an Bundestag und Bundesregierung, alle nur möglichen Anstrengungen zu machen, damit die vier Besatzungsmächten Willen unseres Volkes zur Einheit Rechnung tragen.

Die Verständigung über eine Viermächtevereinbarung zur Wiedervereinigung muß vor der militärischen Blockbildung den Vorrang haben. Es können und müssen die Bedingungen gefunden werden, die für Deutschland und seine Nachbarn annehmbar sind, um durch Deutschlands Wiedervereinigung das friedliche Zusammenleben der Nationen Europas zu sichern.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf seine Wiedervereinigung!

(Manifest der Versammlung in der Frankfurter Paulskirche, 29. I. 1937. – Unterzeichnet u. a. von Max Bense, Margret Boveri, Walter Dirks, Albrecht Goes, Helmut Gollwitzer, Gustav Heinemann, Ernst Penzoldt, Alfred Weber. – Die Paulskirchenbewegung, 1934/35 war der erste größere, organisierte Versuch westerdeutscher linker und liberaler Intellektueller, Militarisierung und Spaltung zu verhindern.)

Göttinger Erklärung der 18 Atomwissenschaftler

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als taktisch bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als klein bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten strategischen Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklung der lebensnotwendigen Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von der diaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausröten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich.

Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Prof. Dr. Fritz Bopp; Prof. Dr. Max Born, Nobelpreisträger (Physik); Prof. Dr. Rudolf Fleischmann; Prof. Dr. Walter Gerlach; Prof. Dr. Otto Hahn, Nobelpreisträger (Chemie); Prof. Dr. Otto Haxel; Prof. Dr. Werner Heisenberg, Nobelpreisträger (Physik); Prof. Dr. Hans Kopfermann; Prof. Dr. Max von Laue, Nobelpreisträger (Physik); Prof. Dr. Heinz Maiter-Leibnitz; Prof. Dr. Josef Maranda; Prof. Dr. Friedrich-Adolf Paneth; Prof. Dr. Wolfgang Pauli; Prof. Dr. Wolfgang Ritzler; Prof. Dr. Fritz Straßmann; Prof. Dr. Wilhelm Walther; Prof. Dr. Carl Friedrich v. Weizsäcker; Prof. Dr. Karl Wirtz.

(12. 4. 1937. – Die Erklärung, obwohl von Wissenschaftlern, erscheint hier in extenso, weil ohne sie der Kampf gegen die Bombe, der in den folgenden Jahren mit Demonstrationen, Aufrufen und Ostermärschen geführt wurde, nicht verständlich ist. Auf die Göttinger Erklärung reagierte Bundeskanzler Adenauer mit den Worten: »Zur Beurteilung dieser Erklärung muß man Kenntnisse haben, die diese Herren nicht besitzen. Denn sie sind nicht zu mir gekommen.«)

Kampf dem Atomtod

Das deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze ist im Falle eines Krieges zwischen Ost und West dem sicheren Atomtod ausgeliefert. Einen Schutz dagegen gibt es nicht.

Beteiligung am atomaren Wettrüsten und die Bereitstellung deutschen Gebietes für Abschußbasen von Atomwaffen können diese Bedrohung nur erhöhen.

Ziel einer deutschen Politik muß deshalb die Entspannung zwischen Ost und West sein. Nur eine solche Politik dient der Sicherheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands.

Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettkampf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung alle Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen.

Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebenbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.

(10. 3. 1958. – Neben zahlreichen Wissenschaftlern und Politikern unterzeichneten folgende Schriftsteller diesen ersten Aufruf: Stefan Andres, Heinrich Böll, Walter

Dirks, Axel Eggebrecht, Helmut Gollwitzer, Hans Henny Jahnn, Erich Kästner, Eugen Kogon, Ernst Kreuder, Wilhelm Lehmann, Martha Saalfeld, Paul Schallück, Alfred Weber.)

Gegen die atomare Bewaffnung

Wir protestieren gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, weil sie jede weitere Verständigung zwischen Ost und West unmöglich zu machen droht, die Gefahr einer dritten Katastrophe für das deutsche Volk heraufbeschwört und die Wiedervereinigung verhindern kann. Die Anwendung atomarer Waffen ist Selbstmord. Eine zusätzliche deutsche Atomaufrüstung schreckt den Kommunismus nicht ab, sondern dient seiner Argumentation und Propaganda. Wir appellieren deshalb an alle, die sich in dieser Stunde persönlichen Verantwortung bewußt sind, gegen den folgenschweren Beschluß des Bundestages demonstrativ Stellung zu nehmen. Wir schließen uns damit allen gleichgerichteten Aktionen an.

Ilse Aichinger, Peter Paul Althaus, Alfred Andersch, Ingeborg Bachmann, Ulrich Becher, Rolf Bongs, Karlheinz Deschner, Wolfgang Drews, Axel Eggebrecht, Günter Eich, Hans Magnus Enzensberger, Gertrud von Le Fort, Leonard Frank, Günter Bruno Fuchs, Ernst Gläser, Albrecht Goes, Rudolf K. Goldschmidt-Jentner, Hans Habe, Peter Härtling, Hugo Hartung, Manfred Hausmann, Helmut Heissenbüttel, Wolfgang Hildesheimer, Rolf Italiaander, Hans Henny Jahnn, Walter Jens, Hermann Kasack, Erhart Kästner, Erich Kästner, Martin Kessel, Hans Hellmut Kirst, Wolfgang Koeppen, Walter Kolbenhoff, Ernst Kreuder, Erich Kuby, Kurt Kusenberg, Horst Lange, Siegfried Lenz, Kurt Leonhard, Felix Lützkendorf, Dieter Meichsner, Walter von Molo, Horst Mönnich, Gerhard Hermann Mostar, Eckart von Naso, Robert Neumann, Rudolf Pechel, Kurt Pritzkeleit, Hans Werner Richter, Luise Rinser, Peter Rühmkorf, Martha Saalfeld, Heinz-Winfried Sabais, Oda Schaefer, Heinrich Schirmbeck, Franz Schonauer, Ernst Schnabel, Wolfdietrich Schnurre, Siegfried Sommer, Hermann Stahl, Alexander Spoerl, Albert Vigoleis Thelen, Siegfried von Vegesack, Egon Vietta, Martin Walsler, Günther Weisenborn, Leo Weismantel, Wolfgang Weyrauch, Josef Windler.

(15. 4. 1958. – Das Manifest wurde in den folgenden Monaten von zahlreichen weiteren Schriftstellern unterzeichnet, außerdem von zahlreichen Wissenschaftlern und Künstlern – die Namen einiger Schauspieler, die unterzeichneten, mag einen Begriff von der Breite des Widerstands geben: Lale Andersen, Willy Birgel, Dieter Borsche, Elisabeth Flickenschildt, Martin Held, Marianne Hoppe, Hilde Körber, Hilde Krahl, Hans-Joachim Kuhlentkamp, Ruth Leuwerick, Peter Mosbacher, Wolfgang Neuss, Carl Raddatz, Barbara Rütting, Hans Söhnker. – Aus dieser Aktion entstand das ›Komitee gegen Atomrüstung‹ in München, das von Hans Werner Richter geleitet wurde. – Der Beschluß des Bundestags, die Bundesregierung zu einer atomaren Aufrüstung der Bundeswehr aufzufordern, war am 25. 3. 1958 gegen die Stimmen der SPD gefaßt worden.)